

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trichterlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Insertate: Der Allgemeine Petitioner 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 2. April 1879.

Nr. 156.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung vom 1. April.

Präsident von Bismarck eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Präsident des Reichslantleramts Staatsminister Hofmann.

Tagesordnung:

I. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Dr. Witte und Dr. Stephan.

Dieselbe lautet:

„Beabsichtigt die Reichsregierung in entsprechender Weise, wie dies seitens der österreichischen, französischen, englischen und anderen Regierungen geschieht, die zur Sicherung des auswärtigen Marktes wünschenswerthe Festhaltung deutscher Industrie an den für dieses Jahr in Sydney und für künftiges Jahr in Melbourne in Australien projectirten Ausstellungen durch Abordnung eines deutschen Kommissars oder auf sonst geeigneter Weise zu unterstützen?“

Abg. Dr. Witte begründet seine Interpellation, indem er auf die großindustrielle Bedeutung Australiens hinweist. Er führt aus, daß durch die Beschränkung der Ausstellungen seitens der deutschen Industrie für diese große Vorteile erwachsen würden. Auch die Handelsbeziehungen mit Australien müßten lebhafter werden, als dies augenblicklich der Fall ist. Redner bedauert, daß Deutschland sich nicht an der Pariser Ausstellung betheiligt hat und hebt hervor, daß die Handels-Kammern sich mit dem vorliegenden Gegenstande beschäftigt und die Bezeichnung der Ausstellungen dringend befürwortet haben.

Staatsminister Hofmann: Es wird wohl nicht erst der Versicherung bedürfen, daß die deutsche Regierung jedem Unternehmen die lebhafteste Theilnahme zuwendet, welches geeignet ist, die Exportinteressen der deutschen Industrie zu fördern. Auf der anderen Seite muß die Reichsregierung aber auch vorsichtig zu Werke gehen, um nicht einen Kostenanfall zu verursachen, der mit dem Nutzen, den das Unternehmen schließlich bringt, in keinem Verhältniß steht. Die Ausstellung in Sidney war nach dem ursprünglichen Programm ein Privatunternehmen. Die englische Regierung interessirte sich allerdings für das Unternehmen, es stellte sich aber später heraus, daß die Mittel zur Durchführung desselben fehlten. Das ist der Grund, weshalb neuerdings erst die englische Regierung selbst das Unternehmen in die Hand genommen hat. Die Reichsregierung hat sich anfangs dem Unternehmen gegenüber zurückhaltend gezeigt, sie hat indeß das ihr mitgetheilte Programm auch den übrigen Regierungen zur Kenntnissnahme zugefertigt. Erst in neuerer Zeit hat sich Deutschland in den betheiligten Kreisen Interesse für die Ausstellung in Sidney gezeigt. Über den Umfang der Betheiligung liegen zur Zeit noch keine bestimmten Mittheilungen vor, so daß die Reichsregierung noch nicht in der Lage gewesen ist, eine Vorlage zu machen. Wenn, wie es ja möglich ist, die Beschickung sich so umfangreich gestalten sollte, daß Deutschland auf der Ausstellung würdig repräsentirt werden kann, so ist die Regierung nicht abgeneigt, die Hand dazu zu bieten und eine Vorlage zu machen. Was die Ausstellung in Melbourne anlangt, so wird es auch da von dem Umfang und der Art der Betheiligung abhängen, ob die Regierung sich veranlaßt sehen wird, eine offizielle Bezeichnung des Reichs in Aussicht zu nehmen.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

II. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen.

§ 1 lautet: Der Verkehr mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln, sowie mit Spielwaren, Tapeten, Farben, Ess-, Trink- und Kochgeschirr und mit Petroleum unterliegt der Beaufsichtigung nach Maßgabe dieses Gesetzes.

Abg. Büchner (Darmstadt) bittet, das Wort „Farben“ zu streichen.

Bundes-Kommissar Dr. Finkelnburg vertheidigt dem gegenüber die Kommissions-Beschlüsse.

Abg. Mosle (Bremen) wird gegen das Gesetz stimmen. Er fürchtet, daß nach einer Richtung zwar Mißstände abgesehrt würden, nach der anderen Seite hin aber große Erschwerungen im Geschäftsverkehr geschaffen werden, so daß es besser sei, das Gesetz ganz abzulehnen.

Die Abgg. Dr. Harnier und Staudy

sprechen sich für § 1 in der Kommissionsfassung aus, sowie auch für das ganze Gesetz und betonen die Nothwendigkeit, daß der Gesundheits-Vollzug die Möglichkeit einer vorliegenden Kontrolle, der Reichsregierung aber die Befugniß, gewisse Materien auf dem Verordnungswege zu regeln, eingeräumt werde.

Abg. Ricker (Danzig) kann sich nur den Ausführungen des Abg. Mosle anschließen. Die Sache sei noch nicht reif, auch gehe das Bedürfnis nicht so weit, wie die Vorlage dies aufstelle. Es gebe keine absoluten Kriterien, welche eine wesentliche Entscheidung im ganzen deutschen Reich möglich machen. Wäre das der Fall, dann wird er mit Freuden dem Gesetze zustimmen. Er fürchte, daß ein zu großer Eifer im Interesse der Gesundheit sehr viel Ungerechtigkeiten und Schwierigkeiten herbeiführen werde, die er in der That nicht wünsche.

Staatssekretär Dr. Friedberg rechtfertigt die Reichsgesetzgebung gegen den Vorwurf, zu rasch zu arbeiten und bemerkt, daß die Vorbereitung des vorliegenden Gesetzes ihm kein Vergnügen bereitet. (Heiterkeit.) Der Reichstag habe das Gesetz gefordert; es sei dazu eine zweijährige angestrengte Arbeit notwendig gewesen. Er würde es leidenschaftlich bedauern, wenn das sorgfältig geprüfte, mühevoll vorbereitete Gesetz im Plenum scheitern sollte.

Abg. Dr. Löwe (Bochum) bittet, von den allgemeinen Bedenken gegen das Gesetz abzusehen und es, wie es vorliegt, anzunehmen. Sage man nicht, Jeder möge selbst zusehen, daß er nicht betrogen wird. Es sei unmöglich, im kleinen Virteiler ein solches Vergehen zu entdecken. Es handle sich hier um den verhältnißmäßig geringen Egoismus, den man nur damit begegnen könne, daß man ihm die Gefahr der Entdeckung gegenüberstellt. Das stelle der Gesetzentwurf in Aussicht und deshalb bitte er, demselben die Zustimmung zu erteilen.

Abg. Mendel: Ich denke mit Ricker, daß man mit diesem Gesetz zu schnell vorgegangen und daß es noch nicht reif ist. Wie man dabei vorgegangen, beweist gerade der Umstand, daß der Entwurf schon im vorigen Jahre vorgelegt hat und nur durch einen Zufall verhindert wurde, Gesetz zu werden, daß aber erst nachher eine Enquete eingesetzt worden ist, um ihn zu prüfen. Es fehlt auch an den Kontrollstationen, der einzig praktischen Grundlage für dieses Gesetz; diese werden aber auch durch das Gesetz nicht geschaffen.

Geh. Rath Finkelnburg: Die Enquete hat schon bei der Vorberatung des Gesetzentwurfs vom vorigen Jahre existirt. Was nachher geschehen, bezieht sich nur auf die Statistik der 1878 vorgenommenen Untersuchungen und erfolgten polizeilichen und gerichtlichen Maßnahmen.

Abg. Bär (Offenburg): Das Gesetz hat im Vergleich zu der vorjährigen Vorlage schon bedeutende Verbesserungen erfahren; so ist die allgemeine Normativbestimmung des § 5 einer speziellen Aufzählung der Gegenstände gewichen. Ich bin gegen Streichung der Farben aus dem § 1, denn wenn nach § 5 die Anwendung einer Farbe verboten werden soll, ist es von hohem Interesse, zu wissen, wo diese Farbe verläuft wird, und hierzu muß die Revision der Verkaufslokale möglich sein.

Abg. Graf Lurzburg: Bei uns bestehen allerdings über den Verkehr mit Nahrungsmitteln gewisse Bestimmungen; aber bei der Verkehrs-Entwicklung in Deutschland ist es nicht möglich, diese Frage vom Standpunkte des Partikularstaates aus zu regeln.

Abg. Laaker: Der Gesetzentwurf bietet nicht allein für die Konsumenten, sondern auch für die Produzenten alle nur irgend wünschenswerthen Garantien. Das Gesetz geht von einer vollständig richtigen Idee aus und scheint mir durchaus annehmbar. Die äußeren Hülfsmittel für die Untersuchung und Prüfung der Nahrungsmittel sind allerdings noch nicht sehr weit gediehen; aber sollen wir einen Falscher deshalb ungestraft lassen, weil wir nicht alle fassen können? Allerdings muß die Regierung ihrerseits mit großer Sorgfalt und Vorsicht zu Werke gehen.

Abg. Windthorst kann für das Gesetz nicht stimmen, wenn es nicht erheblich geändert wird; denn es greife in die Polizeigewalt der Einzelstaaten ein und enthalte zu scharfe Strafen.

§ 1 wird nach einem Schlußwort des Referenten Dr. Zinn unverändert genehmigt.

Die §§ 2 bis 4, welche gemeinsam diskutiert werden, handeln von den Befugnissen der Gesundheitspolizei; die Beamten derselben sollen die Verkaufsräume betreten und Proben der im § 1 genannten Waaren entnehmen können. Bei den Personen, welche auf Grund dieses Gesetzes schon mit Freiheitsstrafen belegt sind, sollen die Beamten auch Zutritt zu den Aufbewahrungs- und Herstellungsräumen haben. Beamte der Gesundheitspolizei sind die ärztlichen Gesundheitsbeamten und diejenigen Beamten, welche von der höheren Verwaltungsbehörde als solche bezeichnet werden.

Abg. Büchner will den Zutritt zu den Herstellungsräumen nicht gestatten; es liege in diesem von der Kommission gemachten Zusatz eine Verschärfung der Bestimmungen, die bedenklich sei, weil die Strafen sehr leicht verhängt werden könnten.

Abg. Ruppert beantragt, die jetzt in den Einzelstaaten bestehenden Organisationen zu erhalten, indem man statt „Gesundheitspolizei“ einfach „Polizei“ sage und bestimme, daß sich die Zuständigkeit zu den bezeichneten Maßnahmen nach dem Landesgesetze richtet. Besonders liege es im Interesse Baierns, die bewährte Kontrolle, die jetzt von den Kommunen ausgeübt würde, zu erhalten und diesen schon bestehenden Organen keine ärztlichen Beamten zur Seite zu stellen, die jetzt die Stellung von Sachverständigen einnehmen.

Staatssekretär Friedberg ist mit diesem Antrage einverstanden; denn das Gesetz wolle durchaus nicht in die kommunalen Organisationen eingreifen, sondern sogar die bestehenden Organe nach Möglichkeit ausnützen.

Die Abgg. Staudy, Windthorst, Harnier und Buhl sind mit diesem Antrage ebenfalls einverstanden, weil er die bereits bestehende Einrichtung beibehält.

Das Haus genehmigt darauf die §§ 2-4 nach den Ruppertschen Anträgen, so daß also die Polizei die Proben entnehmen und die Verkaufs- u. Räume betreten kann. Die Zuständigkeit der Behörden und Beamten zu diesen Maßnahmen richtet sich nach dem Landesrecht.

§ 5 bestimmt, daß durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths zum Schutze der Gesundheit Verbote erlassen werden können, die sich auf gewisse Arten der Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung u. von Nahrungsmitteln, auf das Verlaufen des Fleisches kranker Thiere, auf die Verwendung bestimmter Farben zu Bekleidungsgegenständen und auf das gewerbemäßige Verlaufen von Petroleum einer bestimmten Beschaffenheit beziehen.

Nach § 6 kann auch die Herstellung u. von Gegenständen, die zur Fälschung von Nahrungs- und Genussmitteln bestimmt sind, verboten werden. Diese Verordnungen sind nach § 7 dem Reichstage zur Genehmigung vorzulegen und treten außer Kraft, soweit derselbe dies verlangt.

Die §§ 8-9 werden nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

§ 10 enthält die Strafen für die Verfälschung und das Verlaufen verfälschter Nahrungsmittel. Die Regierungsvorlage, mit welcher die Kommission einverstanden ist, sucht den Begriff der Fälschung zu definieren.

Von vielen Seiten des Hauses liegen Änderungsanträge vor, die eine präzisere Fassung bezwecken, und zwar von den Abgg. Bär (Offenburg), Büchner und Schulze-Delitzsch.

Abg. Mendel: Der Versuch des § 10, eine Definition des Wortes „Verfälschen“ zu geben, ist als mißglückt zu bezeichnen. Er geht zum Theil zu weit, zum Theil nicht weit genug. Der spanische Wein ist durchgehend mit Alkohol versetzt, zum Theil, damit er den Transport aushält, zum Theil zum Zwecke der Fälschung. Hier sind alle Momente des § 10 gegeben und mit dem Inkrafttreten des Gesetzes ist der Handel mit spanischen Weinen verboten. Der Begriff „Schein einer besseren Beschaffenheit“ ist noch vager. Im vorigen Jahre war in den Motiven das Wort „verwerflich“, in diesem Jahre ist es gestrichen. Sehen wir von jeder Definition des Wortes „Verfälschen“ ab, und überlassen wir es dem Richter, im konkreten Falle zu beurtheilen, ob etwas Strafbares vorliegt oder nicht.

Geh. Rath Meyer: Der § 10 will die

jenigen treffen, welche zum Zwecke der Fälschung verfälschen, also die Fälschung wollen. Er macht ferner den Versuch, eine Definition des Begriffes „Verfälschung“ zu geben; dieser Versuch würde nicht gemacht worden sein, wenn nicht in der Beratung von Sachverständigen der dringende Wunsch nach einer solchen Definition konstatiert worden wäre.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

L.-D.: Fortsetzung der heutigen Debatte; Wechselstempelsteuer, Bogelschup, Petitionen.

Deutschland.

*** Berlin, 1. April. Das Befinden des Prinzen Karl hat in den letzten Tagen eine so günstige Wendung genommen, daß der Prinz gestern die erste Ausfahrt machen konnte. Bei weiterer günstiger Entwicklung seines Zustandes hat er die Absicht, morgen nach Oldenburg zu reisen, um der am 3. stattfindenden Taufe seiner Urenkelin beizuwohnen.

Die Korvette „Prinz Adalbert“ befindet sich auf der Reise von Lima nach Japan und wird wohl erst Mitte Mai in Japan eintreffen, so daß dem Prinzen Heinrich die Kunde von dem Tode seines Bruders vor diesem Zeitpunkt nicht wird zugehen können.

Das Organ der Welsenpartei, die „Hannov. Volkszeitung“, hat eine dankenswerthe Aufklärung über die Absichten des Herzogs von Cumberland gebracht. Das Blatt tritt der Meinung entgegen, als wolle der Präsident etwas thun, um sich die Erbfolge in Braunschweig auf Kosten seiner Ansprüche an Hannover zu sichern. Der Präsident werde vielmehr den braunschweigischen Thron annehmen, wenn ihm die feierliche und ausdrückliche Wahrung seiner Rechte auf Hannover dadurch nicht unmöglich gemacht werde. Die Nothwendigkeit dieser Versicherung ist sehr einfach. Bei der Entscheidung, welche durch dieselbe dokumentirt wird, bei der nicht im Urtelstadium verhehlten Absicht, dem braunschweigischen Thron nur als Vorstufe für den hannoverschen zu benutzen, wird die Frage, ob auch nur von Braunschweig die Rede sein kann, ungemindert erleichtert. Nicht um Braunschweig und Hannover, nicht um Braunschweig oder Hannover kann es sich handeln, sondern die Freunde des Herzogs werden sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen: weder Braunschweig noch Hannover.

Der Berliner Korrespondent der „Weser-Ztg.“ schreibt, die Entscheidung des Kaisers über den Spruch des Kriegesgerichts in Sachen des „Großen Kurfürsten“ werde nunmehr in Kurzem erfolgen. Diese Meldung dürfte unrichtig sein. Ich habe Grund zu glauben, daß die Antwort des Kaisers der Abmilitarität im Reichstage auch für die heutige Sachlage noch volle Geltung hat.

In verschiedenen Blättern leiht man der Verwunderung Ausdruck, daß die Befragung der Richter für das Kriegesgericht noch nicht stattgefunden habe. Abgesehen von dem schon erwähnten Moment, daß der Reichshaushaltetat erst vollzogen sein mußte, ehe die Ernennung der Justizbeamten erfolgen konnte, so liegt ein ganz unüberwindlicher Grund der Verzögerung in dem Umstand, daß einige zwanzig Bundesstaaten ihre Vorschläge zu machen haben, und daß diese Vorschläge bei der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Staaten nicht ohne längere Erwägung zur Reife gelangen. Es kommt dazu, daß auf Grund der Vorschläge der Bundesrath die Wahl zu treffen, der Kaiser die Ernennung zu vollziehen hat. Auch diese Akte erfordern nun eine gewisse Zeit. Man kann mit Recht sagen, daß der Reichs-Justizverwaltung durch die Befragung des Kriegesgerichts eine Aufgabe gestellt worden von solcher Bedeutung und Schwierigkeit, wie dieselbe noch kaum zu lösen gehabt hat.

Berlin, 1. April. Der heutige Geburtstag des Fürsten Bismarck wurde gefeiert wie der Fürst gewöhnlich seine Geburtstage zu begehen pflegt. Am Morgen hatte eine Militär-Musik ihm ein Frühstück gebracht und am Mittag konzertirte die Kapelle des zweiten Garde-Regiments im Park des Reichslantler-Palais. Beiden Kapellen ließ der Fürst seinen warmen Dank abklingen. Um die Mittagshunde begann ein fortwährendes Kommen und Gehen im Reichslantler-Palais, Diplomaten, Bundesräthmitglieder und diejenigen Reichstagsmitglieder, die sich auf den parlamentarischen Solen einfinden pflegen, stellten sich zur Gratulation ein.

und sehr viele Privatpersonen gaben ihre Karten ab. Die General-Feldmarschälle Freiherr von Manstein und Graf Moltke befanden sich ebenfalls unter den Gratulanten. Unter den Despatches, die der Kaiser erhielt, befand sich auch eine aus Köln über die dort erfolgte Enthüllung des Denkmals. Aus Köln wird über die erfolgte Enthüllungsfest gemeldet, daß der kleine Rasenplatz ziemlich dicht gefüllt war, daß die Fenster der Häuser rings umher bejezt waren und daß von den Gebäuden in der Nähe des Platzes Flaggen wehten. Der Bildhauer Schaper, der das Denkmal modellirt hat, wohnte der Feier bei. — Einen Scherz wollen wir nicht unerwähnt lassen, den man gelegentlich der Geburtstagsfeier und gelegentlich des aus Köln eingelaufenen Telegramms über die dort erfolgte Enthüllung im Reichskanzler-Palais machte. Das wäre zum ersten Mal eine diplomatische Enthüllung, die dem, den sie am nächsten angeht, nicht unangenehm wäre.

Wie wir erfahren, ist am gestrigen Tage aus der Kopfhaut des Kaisers eines der Schrotkörner entfernt worden, die an jenem traurigen 2. Juni aus der Hinte Robling's den Kaiser getroffen hatten. Besanntlch konnte nur ein kleiner Theil der Schrotkörner unmittelbar nach dem Attentat herausgenommen werden. Gerade dasjenige Schrotkorn, das in die Kopfhaut eingebracht war, mochten die Ärzte nicht entfernen, weil sie damals fürchteten, es könne ein Fieber hinzutreten. Jetzt ist durch die dem Körper eigenthümliche Reizung, fremde Stoffe auszuscheiden, das Schrotkorn mehr und mehr an die Oberfläche gebracht worden; dasselbe zeigte sich am gestrigen Tage dicht unter der Haut liegend, und es gelang dem Arzte, dasselbe mit einer Pinzette aus der Haut zu nehmen. Dabei zeigte sich, daß das Schrotkorn sich an dem Schädelknochen des Kaisers vollkommen plat gedrückt hatte. Die Entfernung war eine für den Monarchen durchaus schmerzlose und er äußerte seine Freude darüber, daß das Schrotkorn endlich entfernt sei, „da er nun wieder im Stande sei, sich ordentlich zu fristen.“

Bon zuverlässiger Seite erfahren wir, daß der Abg. Windthorst (Neppe) am Montag Nachmittag um 4 Uhr eine ziemlich lange Audienz beim Fürsten Bismarck gehabt hat. Es ist dies in so fern ein bemerkenswerthes Ereigniß, als Herr Windthorst seit dem Jahre 1868 keine Zusammenkunft mehr mit dem Reichskanzler gehabt. Damals handelte es sich um die Verschlagnahme des Vermögens des Königs Georg von Hannover, welche Herr Windthorst vergeblich abzuwenden versuchte. Um was es sich gelegentlich der neuesten Audienz gehandelt, ist zur Stunde allerdings noch in tiefes Geheimniß gehüllt; man zweifelt in Reichstagskreisen aber nicht, daß jetzt der Augenblick gekommen ist, da das Centrum die Frucht seiner wunderbaren Zurückhaltung und geschickten Taktik zu ernten beginnen wird. Andere wollen wissen, daß auch die Angelegenheit des Herzogs von Cumberland, des vor-maligen hannoverschen Kronprinzen, mit Gegenstand der Besprechung gewesen sei. Jedenfalls werden die nächsten Tage bereits das Dunkel aufheben.

Von der österreichischen Grenze, Ende März, schreibt man der „Nat.-Ztg.“:

Es ist wohl ein eigenthümliches Zusammen-treffen, daß im Momente, als die russische Presse von Deutschland das Preisgeben Oesterreichs verlangt, ein systematisches Unterwühlen des österreichischen Grenzlandes Galizien durch nihilistische und panslavistische Agenten sich bemerkbar macht, wodurch bereits schon zahlreiche Verhaftungen hervorgerufen wurden. Nicht gänzlich ohne Erfolg versucht diese slavische Propaganda ihr neues Programm „Bereinigung aller slavischen Stämme gegen den germanischen Erbfeind“ selbst jetzt auf die Polen auszuwirken, denn schon hat der polnische Dichter Joseph Krzewski gelegentlich seines 50jährigen Jubiläums Zustimmung. Solchen revolutionären Symptomen gegenüber ist die Konferenz der Grafen Taaffe und Potocki daher darauf gerichtet, die russischen Einflüsse noch mehr zuzugänglichen. Aufsehen durch Konzeptionen in der Unterrichtsfrage für den österreichischen Staatsgedanken zu gewinnen, wobei aber zugleich auch die im Landtage dominierende Krakauer Adelspartei sehr berücksichtigt werden muß. Da von dem an Marasmus leidenden Reichsrathe nichts mehr zu erwarten ist, hofft man, daß die Neuwahlen im Herbst mehr neues Blut in das Parlament bringen, was auch für das sehr heisse Gebiet der Finanz- und Volkswirtschaft dringend geboten wäre. Vor den Neuwahlen dürften aber trotz differirender Ansichten kaum mehr Veränderungen vor sich gehen, weder im Kabinete noch in den Staatthaltern, höchstens die Spitzen der provisorischen böhmischen Civilverwaltung ernannt werden. Der beliebte Reichsriegsminister fiel als Opfer der böhmischen Kampagne, da er aus höheren Gründen in den parlamentarischen Debatten Manches nicht sagen durfte, wiewohl so schon genug politisch-militärische causas celebres zum Besten gegeben wurden. Während dieser inneren Schwierigkeiten sucht Graf Andrassy die Konvention wegen Novi-Bazar durch Laviren in der griechischen und rumelischen Frage etwas vorsichtiger abzuschließen, als vielleicht die Militärpartei gerade wünschen möchte.

Ausland.

Wien, 1. April. Die theilweise Aufhebung der bisherigen Sicherheitsmaßregeln gegen Pestgefahr ist baldigst zu erwarten. Die Initiative hierzu ist von Deutschland ergriffen worden.

Betreffs der Haltung der Pforte gegenüber der gemischten Okkupation Ostrumeliens verläutet, die Türkei beschärfte eine Gefährdung der ihr durch den Berliner Vertrag zuerkannten Rechte durch die Okkupation und verlange mindestens die Zulassung türkischer Truppen.

Paris, 31. März. Seitens des Ministeriums werden große Anstrengungen gemacht, morgen im Senate die Vertagung der Debatte über Rückkehr des Parlaments nach Paris bis nach den Osterferien herbeizuführen. Es ist wahrscheinlich, daß das linke Centrum hierfür gewonnen werden wird. Sollte die Debatte dennoch stattfinden, so hat der Minister-rath beschloffen, allerdings für die Rückkehr einzutreten, aber die Kabinetfrage nicht zu stellen. Die Parlamentsferien dauern vom 8. April bis 15. Mai.

Die Sammlungen für Siegedin sind äußerst erfolgreich. Zwei Konzerte auf der österreichischen Volkshaus ergaben einen bedeutenden Ertrag und waren von der vornehmsten Gesellschaft und allen offiziellen Kreisen besucht. Fürst Hohenlohe war durch den Todesfall des Prinzen Waldemar am persönlichen Erscheinen verhindert.

London, 31. März. In hiesigen gut informierten Kreisen wird behauptet, daß König Cetewayo den Engländern bereits vor mehreren Wochen Friedensanträge gemacht habe, daß dieselben auf Befehl der Londoner Regierung jedoch ignoriert wurden. Cetewayo erwarte noch immer die ihm in Aussicht gestellte Zustimmung des englischen Kabinetts und sei hierin allein die Nichternennung der Angriffe der Zulus begründet. Die englische Regierung wolle nur Zeit gewinnen, bis hinreichende Truppen in Südafrika gelandet seien, um mit diesen neuen Kräften erst die empfangene Schlappe bei Sandula durch eine empfindliche Bestrafung der Zulus auszugleichen. Dann werde man dem Frieden näher treten. Beabsichtigte parlamentarische Interpellationen über dieses Verfahren sollen durch den Hinweis auf patriotische Rücksichten bisher verhindert worden sein.

Provinzielles.

Stettin, 2. April. Gestern beging der Rutscher Karl Bell, im Dienste des Herrn Dr. Otto Hiersch, die seltene Feier des 40jährigen Dienst-Jubiläums. Der Jubilar, welcher 68 Jahre alt und sich noch der besten Gesundheit, sowie seltener Nüchternheit erfreut, empfing im Laufe des gestrigen Tages außer zahlreichen Glückwünschen von Seiten seiner Verwandten und Bekannten von dem Herrn Dr. Otto eine werthvolle goldene Uhr zum Zeichen der Anerkennung seiner treuen Dienste während der 40jährigen Dienstzeit. Der Jubilar gedankt noch bis auf Weiteres nach wie vor seiner Dienstpflicht zu genügen und wünschte wie demselben, daß er noch weitere 10 Jahre seine Thätigkeit fortsetzen im Stande sein möge, um dann das vielleicht einzig in Stettin dastehende 50jährige Rutscher-Jubiläum feiern zu können.

Am Sonntag wurden der Wittve Fidler aus einer verschlossenen Kommode Klosterstraße 4 mittelst Nachschlüssel ein Dreieck nebst Kopfschlüssel im Werthe von 20 Mark gekohlen. Der Dieb ist nicht ermittelt.

Der bisherige königliche Kreisbaumeister Z a c e l zu Lauenburg i. Pom. ist zum königlichen Bauinspektor ernannt und demselben die Bauinspektorstelle in Halberstadt verliehen worden.

Das Marine-Berordnungsblatt bringt in Abänderung der durch königliche Ordre vom 23. November 1875 genehmigten Bestimmungen über Zweck, Zusammenfassung und Funktion der Haverie-Kommissionen folgende Verordnung:

Wenn bei einem Seerunsalle von vornherein der Verdacht oder auch nur eine begründete Vermuthung vorliegt, daß eine erhebliche Beschädigung oder der Verlust eines Schiffes oder Fahrzeugs oder der Verlust von Menschenleben durch Verschulden herbeigeführt worden ist, so soll das Havarie-Verfahren ausgesetzt und sofort durch den zuständigen Gerichtsherrn die Feststellung des Thatbestandes im gerichtlichen Verfahren angeordnet werden.

Marinemannschaften als Diener dürfen bei Reisen ins Ausland ohne besondere Genehmigung des Chefs der Admiralität nicht mitgenommen werden.

Maschinenbau, der sich dem Maschinenbau im Allgemeinen, oder einem speziellen Zweige desselben widmen wollen, möchten wir auch diesmal darauf aufmerksam machen, daß das Lehrinstitut in Mittweida (Sachsen) am 21. April sein 18. Schuljahr eröffnet. Diese Anstalt ist die älteste und in Folge dessen auch die bestbesuchte Spezialschule für Ausbildung im gesammten Maschinenbau. Ihr letzter Jahresbericht zeigte eine Frequenz von 415 namentlich aufgeführten Studirenden: der jüngste ist 16 Jahre, der älteste 49 Jahre, einige sind bereits verheirathet und selbstständige Fabrikanten. Betreten sind Europa, Amerika und Afrika, so daß fast jeder neu ankommende Studirende Landkante trifft. Programme, sowie jede nähere Auskunft über Unterricht, Wohnung, Verpflegung u. dgl. ertheilt gratis und franko Herr Direktor Beigel in Mittweida.

Als heute Morgen in der Nähe des Personen-Bahnhofes, gegenüber dem Bouragemagazin, ein hoch mit Heu beladener Wagen umwenen wollte, fiel derselbe um und versperkte für längere Zeit die Passage.

Zingst, 30. März. Am gestrigen Tage verließen zwei Schiffe die Schiffswerft des Herrn A. Drosel. Morgens 8 Uhr lief das kupfersteg gebaute, ca. 125 Reg.-Tons große Schoonerschiff „Oufava Eger“, Kapit. L. Erdbecher, vom Stapel, und Nachmittags 3 1/2 Uhr folgte ihm das ca. 120 Reg.-Tons große Schoonerschiff „Gräfin Krasnow“, Kapit. E. E. Schür. Letzteres wird unter Korrespondenz des Herrn Karl Siebe zu Stralsund fahren. Der Stapellauf beider Schiffe ging glatt und pünktlich zur angelegten Stunde von Statten.

Bermischtes.

Plauderei an der Börse. Amster: Haben

Sie sich das Berliner Comité für Siegedin angesehen? Heißt eine Länge! Wenn man eine viertel Elle für Schwere abgeschnitten hätte, wäre auch noch genug geblieben. — Smeler: Lieber Freund, Ihre Bemerkung ist sehr schwach. Sie wissen eben nichts von dem Unterschied der Stromverhältnisse. Sehen Sie: die Ufer der Weichsel können eisernen Brücken, und die Ufer der Elbe brücken eisernen Kronen.

Das „Berl. Tgl.“ bringt folgende humoristische Schilderung der Aushebung:

Es hat wieder begonnen, was sie auf dem Lande gewöhnlich „die Stellung“ nennen, und was militärisch das Aushebungsgeschäft heißt: jene alljährliche Borsprüfung der männlichen Jugend auf ihre Wehrfähigkeit. Nicht mehr in der gewaltsamen Weise der Konstriktion, die mehr nach Fing und Willkür, als nach Regel und Ordnung ausfiel, sondern in einer vollkommen ruhigen, in mannigfachen Zügen sogar gemüthlichen Weise geht dieses Geschäft vor sich. Da steht — gewöhnlich in dem größten Tausaal des Ortes — die läbliche Kreis-Ersapfkommission, aus dem Landrath, dem Landwehr-Bezirkskommandeur und einem Militärarzt bestehend, und verläßt durch die jeweilige Ortsbehörde, hinter einem großen Tisch, vor sich die viden Listen und Rollen, in denen Alle verzeichnet sind, deren wirkliche und fassliche Existenz das Kirchenbuch bezeugt. Hoch und niedrig, arm und reich, lahm und blind, gebildet oder nicht: hier steht Du in der Rolle, und nun, wo immer Du auch willst, demäße Dich hierher, lege hinter jener spanischen Wand Deine Kleider ab und tritt in puris naturalibus an den Tisch, noch ein wenig näher, bis an den Kreidestrich — so! der preussische Staat will jetzt einmal zusehen, wie Du beschaffen bist, und ob es sich verlohnt, daß er sein Recht auf Dich geltend macht. Ich glaube gar, Du „stumpst“ ein Bißchen, und wenn Du gerne das Diktum: „untauglich“, oder: „ein Jahr zurück“ hören möchtest, so hast Du wohl gar Herzkloppen bekommen; ja, ja! hier sollen die Würfel sehr schnell und die Männer da setzen gar nicht so drein, als ob sie sich von Dir wollten eine Rede über Deine Brille Nr. 7 halten lassen. Sollte Dir auch schwer werden, mein Lieber, in diesem Kostüm eine Rede loszulassen: das hat noch Keiner zu Stande gebracht. Mittlerweile hat der Stabsarzt den Umfang Deiner Brust gemessen und allerlei an Dir herum hantirt, er ist augenscheinlich erfreut — und als Arzt hat er noch eine spezielle Freude daran — einmal wieder ein vollkommen normales Menschenkind vor sich zu sehen, denn ach! nur selten sind die Absalens, von denen es heißt: „Vom Scheitel bis zur Sohle ist kein Label an ihnen befestigt“. Auch der Major und der Landrath haben Dich mit Wohlgefallen betrachtet. „Was messen Sie doch gleich?“ wirst Du gefragt. — „Acht Zoll oder 1 Meter und 2 Centimeter.“ — „Tauglich“ sagt der Stabsarzt, „Garde-Infanterie“ diktiert der Major. „Aber ich bin ja so lausig, ich trage ja Brille Nr. 7!“ — „Na, nehmen Sie mal die Brille ab. So! Was steht da draussen unter dem Fenster?“ — „Ein Ba-gen.“ — „Und was hängt an dem Ba-gen?“ — „Ein Kober.“ — „Gott erhalte Ihnen die guten Augen, Sie sehen ja ausgezeichnet, hier ist Ihre Brille.“ — Damit trittst Du ab von der Bühne, Du bist vorläufig „angesezt“ und wenn Du nicht gerade eine Ausnahme von der Regel bist, so steht man Dir an: Du bist im Grunde Deiner Seele doch ein wenig stolz, sagen wir sehr stolz über die Censur, die Du drinnen bekommen hast. „Garde-Infanterie“, so summt es Dir noch in den Ohren, wenn Du schon auf dem Heimwege bist und wenn nur Deine Verwandten und Bekannten, die Dich schon lebhaft erwarten, das inhaltsvolle „Na?“ an Dich richten, so antwortest Du mit geräuschtem Wangen: „Garde-Infanterie!“ — So der Einzelne, der ein Tauglicher war. Unsere Aushebungs-Statistik weist nach, daß wir anderen Ländern in den Prozenten der Tauglichkeit bedeutend „über“ sind. Möge es immer so bleiben. — Draussen in den Bormütern und auf der Straße herrscht ein sehr munteres Treiben. Nur mählsam will es den unteren Organen der Staatsgewalt, dem Stadarmen und städtischen Polizeidiener, den ländlichen Schulzen, die ihre Leute hier vorzustellen haben, gelingen, die hochgehenden Dogen der Gefühle und Empfindungen in das Bethe des ruhigen Verhaltens zurückzudrängen: es ist ein Saufen und Brausen, das sich einmal nicht Rillen läßt, und das Gemüth von Gemüthlichkeit und Autorität ist auch gerade das unwirksamste Mittel dagegen. So viel Sinn für Autorität und Ordnung hat aber auch ein Jeder, daß er, wenn er in die inneren Räume und vor die Kommission tritt, sich ruhig verhält, und das ist ja die Hauptsache. Draussen mag er sich verhalten, wie er lustig ist und wie wollen ihm auch die mehrfachen Stärkungen, die er in allerhand Flüssigem zu sich nimmt, nicht misgönnen. Denn dieses ist die erste merklliche Berührung, die der junge Mann mit dem Dinge hat, daß wir Staat nennen und in einem dunklen Bewußtsein davon hat auch mal ein junger, um Einhalten gemahnter Bauer erwidert: „Badder, wenn wir hier nicht trinken sollen, wenn ehr denn? Proß, Badder.“

(Voreilige Erben.) Der Stadgerichts-Sekretär Herr S. erschien gestern im Auftrage des hiesigen (Berliner) königlichen Stadgerichts behufs Verpflegung des Nachlasses an der Thür des hiesigen Baumkellers Sch. in der großen Frankfurter-straße und Klingele. Ein achibarer, alter Herr öffnete, und der Herr Stadgerichts-Sekretär erklärte ihm, unter Vorzeigung seiner gerichtlichen Vollmacht, die Verpflegung des Nachlasses des verstorbenen Herrn Sch. vornehmen zu müssen. „Das gebe ich jetzt unter keinen Umständen zu“, meinte der Ange-rebete. „Sie müssen, wo nicht, muß ich Gewalt

brauchen und hierzu den Schutz der Polizei anrufen.“ — „Auch das haben Sie nicht nöthig, schmunzelte der Rentier als Antwort dem erschrockenen Beamten zu, „denn ich bin der Baumeister selbst. Gottlob bin ich noch sehr tüchtig, hoffe mich lange noch meiner jetzigen Gesundheit zu erfreuen und werden meine „liebenswürdigen“ Erben Rottbus sich noch etwas mit der Theilung meines Nachlasses gebulden müssen.“ — Der Antrag zur Verpflegung des Nachlasses ging allerdings vorüber aus, und sind diese Verwandten, die so respektable Leute sind, jedenfalls durch irgend eine sehr schlechten Witz mit dieser jetzt schon fälligen Erbschaft in den April geschickt worden. — Der Beamte mußte unter diesen Umständen allerdings von der Verpflegung Abstand nehmen.

Literarisches.

Die Deutschen seit der Reformation, besonderer Berücksichtigung der Kulturgeschichte, von Dr. Friedrich von Weich. Wir haben hier ein treffliches Buch vor uns. Daß gerade die Geschichte von der Reformation an für den Deutschen einen weit größeren Betrag geistigen Nährwerthes enthält, wie jede andere, ist unbestritten, daß dieser Werth vorzüglich in dem Kulturleben liegt, wird immer mehr und mehr anerkannt. Wir müssen also jedenfalls von einem populären Geschichtswerke erwarten, daß es die Kulturgeschichte voranstelle ein Bild dessen zu geben suche, was man als den Geist jedes Zeitabschnittes betrachten kann. Wird aber gerade das voraussetzungslosere Volk leicht anders in diesen Geist einführen können, indem man es die Personen genauer kennen lernen lehrt, welche die Träger dieses Geistes in den Zeiten waren. So scheint uns das Vortreiben biographischen Momentes in dem Buche sehr an-treffend.

Diesen biographischen Aufbau kennzeichnen trefflich die vielen Bildnisse, die nach alten Originalen ausgeführt in den Text eingebracht sind und an sich schon eine werthvolle Gallerie bedeutender Persönlichkeiten bilden. Von mehr künstlerischen Werthe sind die großen schönen Vollbilder, die geeignet sind, in die geschichtlichen Zeiten anschaulich einzuführen. Den Fehler, in welchen anderen die biographische Methode nur allzu oft verfällt, daß sie nur Einzelheiten und nicht das Ganze fassen lehrt, ist dabei durch die einheitliche Anordnung des Ganzen vollständig vermieden.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 1. April. Die heutige Feier der Enthüllung des Denkmals des Fürsten Bismarck äußerst glänzend verlaufen. Bei dem Bankette, welchem 240 Personen theilnahmen, wurden 30,000 Mark für ein dem Grafen Moltke zu richtendes Denkmal gesammelt.

Wien, 1. April. Die „Politische Korrespondenz“ meldet:

Ein Telegramm aus Konstantinopel vom 30. März berichtet, daß die Pforte die Projekte einer gemischten Okkupation Ostrumeliens im Prinzipie zugestimmt, jedoch mancherlei Bedenken gemacht habe; u. A. beanspruche sie, daß türkischen Truppen, deren Theilnahme an der Okkupation außer Frage steht, auch an der Befestigung von Ballanpässe partizipiren.

Weiter wird derselben Korrespondenz aus Konstantinopel berichtet, am 30. März habe ein Minister-rath stattgefunden wegen der neuen Reduktion der Konvention mit Oesterreich.

Wien, 1. April. Im Abgeordnetenhause nachstehende Interpellationen eingebracht worden: Von den Abg. Wagg und Genossen, ob es mit dem Beirgesez vereinbar sei, daß österreichische Militär zur Okkupation eines fremden, nicht feindlichen und nicht angrenzenden Landes (Ostrumeliens) verwendet werde; von den Abg. Aupf und Genossen, ob die Meldungen über eine gemischte Okkupation Ostrumeliens ihre Richtigkeit hätten.

Im Herrenhause wurde in dritter Lesung der Gesetzentwurf über einen der mächtigsten Grenzpaß zu gewährenden Vorschuss von 75,000 fl. und lebhafter Debatte angenommen.

Brüssel, 1. April. Der König und die Königin sind gestern Abend von London hier eingetroffen. Die Königin war in London von einem Unwohlsein befallen, doch scheint dasselbe, soweit bekannt, keinen größeren Charakter zu haben.

Versailles, 1. April. In der heutigen Sitzung des Senats, in welcher 283 Mitglieder anwesend waren, wurde der Antrag auf Vertagung der Beratung der Vorlage betreffend die Rückübertragung der Kammer nach Paris und betreffend die Revision der Verfassung mit 157 gegen 126 Stimmen angenommen.

Rom, 1. April. Garibaldi spricht sich in einem von ihm veröffentlichten Schreiben gegen die Gründung einer italienischen Ansektion in Ru-guina aus und fordert die Jugend Italiens auf, in Italien zu bleiben, das bei den schwebenden inneren und äußeren Fragen ihrer Arme bedürfe.

Rom, 1. April. Das offizielle Morgenblatt sagt, Italien werde, da Frankreich, Dänemark und England kein Kontingent in Rumelien stellen, wahrscheinlich von einer Truppenbewegung absehen und die Okkupation Oesterreich und Rußland überlassen.

London, 1. April. Unterhaus. Auf eine Anfrage Richard's erklärte der Unterstaatssekretär im Indien, Stanhope, der Staatssekretär für Indien, Cr.-Brook, siehe in fortwährendem Verkehr mit dem Vizekönig von Indien, Lord Lytton; es sei kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß dem König von Birma ein Ultimatum überhandt worden sei, oder daß weitere Truppen für Britisch-Birma gefordert seien.